Vollzugsverordnung zur Verordnung über die Schadenwehr¹

(Vom 7. Februar 1995)

Der Regierungsrat des Kantons Schwyz,

gestützt auf § 35 der Verordnung über die Schadenwehr vom 27. Januar 1994,²

beschliesst:

I. Vorbeugender Brandschutz*A. Bewilligungspflichtige Anlagen***§ 1** 1. Normale Brandgefahr

Gebäude und Räume im Sinne von § 6 Abs. 1 Buchstabe a der Verordnung sind:

- a) Wohngebäude (ohne gewerbliche Nutzung) bis und mit fünf Erd- und Obergeschossen;
- b) Fahrzeugeinstellräume bis und mit 19 Fahrzeugplätzen;
- c) Landwirtschaftliche Bauten bis 1000 m³ Inhalt nach SIA;
- d) alle übrigen Gebäude, Räume und Anlagen, die von § 2 nicht erfasst werden.

§ 2³ 2. Hohe Brand- und Personengefahr

Gebäude, Anlagen und Einrichtungen im Sinne von § 6 Abs. 2 der Verordnung sind:

- a) Mehrfamilienhäuser mit drei und mehr Erd- und Obergeschossen mit brennbarem Tragwerk;
- b) Wohngebäude mit sechs und mehr Erd- und Obergeschossen in Massivbauweise;
- c) Fahrzeugeinstellräume mit 20 und mehr Fahrzeugplätzen;
- d) Landwirtschaftliche Bauten ab 1000 m³ Gebäudevolumen;
- e) Gewerbe-, Industrie- und Bürogebäude, Lagerhallen (ab 100 m² Nutzfläche);
- f) Einkaufsgeschäfte (ab 100 m² Verkaufsfläche), Apotheken, Drogerien;
- g) Hotels, Berg- und Skihäuser, Massenlager;
- h) Restaurants, Saalbauten, Jugendlokale, Dancings und dergleichen;
- i) Theater, Kinos, Ausstellungs- und Markthallen;
- k) Spitäler, Kliniken und dergleichen, Internate, Kinder-, Alters- und Pflegeheime;
- l) Kirchen, Schulhäuser, Turn- und Sporthallen;
- m) Flüssiggas-Lager und Abfüllanlagen;
- n) Indoorfeuerwerke.

§ 3 3. Verfahren

Feuerpolizeiliche Bewilligungsgesuche sind der Gemeinde einzureichen. Gesuche gemäss § 2 sind mit den Unterlagen an die kantonale Baukontrolle zuhanden des Amtes für Feuer- und Zivilschutz weiterzuleiten.

B. Brandschutzkontrolle

§ 4 1. Organisation

¹ Die Brandschutzkontrolle wird durch die von der feuerpolizeilichen Bewilligungsinstanz bezeichneten Feuerschauer, bzw. Brandschutzsachverständigen durchgeführt. Sie haben die vom Amt für Feuer- und Zivilschutz vorgeschriebenen Kurse zu besuchen und erfolgreich abzuschliessen.

² Die Gemeinden erstatten dem Amt für Feuer- und Zivilschutz jährlich einen Bericht über die durchgeführten Brandschutzkontrollen.

§ 5 2. Durchführung

¹ Bei Neu- und Umbauten ist die Brandschutzkontrolle nach Fertigstellung durchzuführen. Für bestehende Bauten und Anlagen kann sie stichprobenweise angeordnet werden.

² Das Ergebnis der Brandschutzkontrolle ist in einem Rapport festzuhalten.

³ Das Militär- und Polizeidepartement kann nähere Weisungen über die Durchführung der Kontrollen erlassen.

§ 6 3. Mitwirkung der Anlageeigentümer

Die Brandschutzkontrolle ist dem Anlageeigentümer rechtzeitig anzuzeigen. Er ist verpflichtet, selbst oder durch eine Stellvertretung Zutritt zu den Kontrollobjekten zu gewähren und auf Verlangen Auskunft zu geben.

§ 7 4. Kosten

Die Kosten für die angeordneten Kontrollen, inklusive Nachkontrollen, sind vom Eigentümer, bzw. Veranstalter zu tragen.

C. Reinigung und Kontrolle der Feuerungsanlagen

§ 8 1. Pflichten der Anlageeigentümer

¹ Die Anlageeigentümer haben die in Gebrauch stehenden Feuerungsanlagen, die mit festen oder flüssigen Brennstoffen betrieben werden, mindestens einmal jährlich durch einen ausgebildeten Kaminfeger kontrollieren und sofern notwendig reinigen zu lassen.

² Feuerungsanlagen, die mit gasförmigen Brennstoffen betrieben werden, sind mindestens alle zwei Jahre durch einen Fachmann kontrollieren und sofern notwendig reinigen zu lassen.

³ Das Militär und Polizeidepartement kann für spezielle Gruppen von Feuerungsanlagen die Reinigungsintervalle verkürzen oder verlängern.

⁴ Die Anlageeigentümer haben der Bewilligungsinstanz den Reinigungsnachweis nach Absatz 1 vorzulegen.

§ 9 2. Pflichten der Kaminfeger

Die Kaminfeger sind verpflichtet, die ihnen obliegenden Arbeiten fachmännisch auszuführen. Sie haben insbesondere

- a) die Feuerungsanlagen zu kontrollieren und, soweit vorgeschrieben, zu reinigen;
- b) im Rahmen der Kaminfegerarbeiten festgestellte Mängel der Baubewilligungsinstanz zu melden;
- c) der feuerpolizeilichen Bewilligungsinstanz auf Verlangen hin eine Liste der kontrollierten und gereinigten Anlagen vorzulegen.

II. Brand- und Schadenbekämpfung

A. Ersatzabgabe und Feuerwehrbeitrag

§ 10 1. Bemessung der Ersatzabgabe

¹ Die Gemeinden erheben die Ersatzabgabe individuell nach dem steuerpflichtigen Einkommen. Sie sind befugt, dafür eine nach Einkommensstufen festzusetzende Pauschale zu verlangen.

² Grundlage für die Erhebung der Ersatzabgabe bildet die rechtskräftige Steueranlagung.

§ 11 2. Bemessung des Feuerwehrbeitrages

Grundlage für die Bemessung des Feuerwehrbeitrages bildet der Neubauwert gemäss rechtskräftiger Schätzungsverfügung der kantonalen Steuerverwaltung. Für Gebäude, die nicht eingeschätzt sind, veranlagt der Gemeinderat den Neubauwert aufgrund der Brandversicherungsschätzung.

B. Stützpunktfeuerwehren

§ 12 1. Bestimmung

Als Stützpunktfeuerwehren des Types A werden die Feuerwehren der Gemeinden Schwyz und Freienbach, und als Stützpunktfeuerwehren des Types B die Feuerwehren der Bezirke Küssnacht und Einsiedeln bestimmt.

§ 13 2. Entschädigung

¹ Der Kanton entschädigt die Gemeinden für die Betriebskosten der Stützpunktfeuerwehren anteilmässig mit einer jährlichen Kostenpauschale. Diese richtet sich nach den Aufgaben und den im Durchschnitt über mehrere Jahre ausgewiesenen Mehrkosten der Stützpunktfeuerwehren.

² Der Standortvorteil wird angemessen in Abzug gebracht.

§ 14⁴ 3. Kostentragung bei Einsätzen

¹ Leisten die Stützpunktfeuerwehren den Feuerwehren anderer Gemeinden Hilfe, können sie den Einsatzgemeinden für die Kosten der Verpflegung und des Verbrauchsmaterials Rechnung stellen. Die übrigen Einsatzkosten sind durch die Beitragsleistungen des Kantons nach § 13 und § 17 Abs. 2 Buchstabe c abgegolten.

² Vorbehalten bleibt die Überwälzung von Einsatzkosten an den Verursacher nach § 14 der Verordnung über die Schadenwehr.

III. Kantonsbeiträge

§ 15 1. Grundlage

¹ Der Regierungsrat legt in einem Raum- und Ausrüstungskonzept die beitragsberechtigten Bauten, Fahrzeuge und Gerätschaften und deren Normkosten fest. Er berücksichtigt dabei die Grösse, die Bedeutung sowie den Aufgaben- und Einsatzbereich der einzelnen Gemeindefeuerwehren.

² Die Kantonsbeiträge werden aufgrund dieses Konzeptes sowie der Normkosten zugesichert und ausgerichtet.

§ 16 2. Beitragsberechtigung

¹ Beitragsberechtigt sind der Neu- und Erweiterungsbau von Feuerwehrlokalen sowie die Beschaffung von Fahrzeugen, Lösch- und Rettungsgeräten der Gemeindefeuerwehren, sofern sie dem Raum- und Ausrüstungskonzept entsprechen, die technischen Anforderungen erfüllen und das Bedürfnis nachgewiesen ist.

² Kleingeräte, Unterhalt und Betrieb sind nicht beitragsberechtigt.

§ 17⁵ 3. Beitragshöhe

¹ Der Grundbeitrag an beitragsberechtigte Bau- und Beschaffungsvorhaben der Gemeinden beträgt 25 % der Normkosten.

² Zum Grundbeitrag wird ein Zusatzbeitrag zugesichert und ausgerichtet, wenn ein regionaler Nutzen erzielt werden kann. Der Zusatzbeitrag beträgt:

- a) 10 % für jene Bau- und Beschaffungsvorhaben, die zufolge der vertraglichen Zusammenarbeit der Feuerwehren mehrerer Gemeinden einmalig erforderlich sind;
- b) 20 % für jene Bau- und Beschaffungsvorhaben, die zufolge des Zusammenschlusses der Feuerwehren mehrerer Gemeinden einmalig erforderlich sind;
- c) 25 % für die Bau- und Beschaffungsvorhaben von Stützpunktfeuerwehren, die sie für ihre besonderen Aufgaben benötigen.

§ 18 4. Beitragsverfahren
a) Gesuch

¹ Die Gesuche um Kantonsbeiträge sind dem Amt für Feuer- und Zivilschutz einzureichen.

² Das Amt für Feuer- und Zivilschutz prüft die Gesuche und kann dazu die erforderlichen Unterlagen verlangen.

³ Eingabefrist für Beitragszusicherungen für das Folgejahr ist jeweils der 31. März.

§ 19 b) Beitragszusicherung

¹ Nach der Prüfung stellt das Militär- und Polizeidepartement Antrag. Der Regierungsrat sichert die Kantonsbeiträge zu.

² Mit dem Bau darf erst begonnen und Beschaffungen dürfen erst vorgenommen werden, wenn die Zusicherung des Regierungsrates erfolgt ist. Wird diese Bedingung nicht eingehalten, entfällt die Beitragsberechtigung.

§ 20 c) Auszahlung

¹ Das Amt für Feuer- und Zivilschutz weist nach der Inbetriebnahme des Baus, der Fahrzeuge oder Geräte die Auszahlung der Kantonsbeiträge an. Es kann zuvor eine Bauabnahme durchführen oder die Einhaltung von technischen Anforderungen kontrollieren.

² Die Auszahlung kann in Teilbeträgen erfolgen und richtet sich nach den verfügbaren Voranschlagskrediten.

³ Zur Auszahlung gelangt der zugesicherte Kantonsbeitrag unabhängig davon, ob Mehr- oder Minderkosten entstanden sind.

§ 21 d) Auflagen

¹ Fahrzeuge und Geräte, an die Kantonsbeiträge ausgerichtet worden sind, müssen für kantonale Ausbildungskurse unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden.

² Das Amt für Feuer- und Zivilschutz darf Einblick in die Schlussabrechnungen von Bauten und Beschaffungen verlangen.

IV. Anerkennung von technischen Vorschriften

§ 22⁶ Brandschutznorm

Die von der Interkantonalen Vereinigung zum Abbau technischer Handelshemmnisse (IVTH) beschlossenen Brandschutzvorschriften, Ausgabe vom 10. Juni 2004, werden als grundsätzlich verbindlich erklärt.

V. Zuständigkeit

§ 23 1. Departement

Das Militär- und Polizeidepartement ist zuständiges Departement.

§ 24 2. Amt

Das Amt für Feuer- und Zivilschutz ist zuständiges Amt.

VI. Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 25 1. Übergangsbestimmungen

¹ Feuerwehrpflichtige, die von den Gemeinden aufgrund der bisher geltenden Gemeindereglemente von der Feuerwehrpflicht befreit wurden, bleiben befreit.

² Beitragszusicherungen gemäss § 23 der Verordnung über die Feuerpolizei und das Feuerwehrwesen im Kanton Schwyz vom 25. Oktober 1974 fallen dahin, wenn die entsprechenden Vorhaben bis zum 31. Dezember 1997 nicht ausgeführt und abgerechnet sind.

³ Die Feuerwehrreglemente der Gemeinden sind bis zum Inkrafttreten der Verordnung über die Schadenwehr den neuen Vorschriften anzupassen.

§ 26 2. Schlussbestimmungen

¹ Diese Verordnung wird im Amtsblatt veröffentlicht und in die Gesetzsammlung aufgenommen.

² Sie tritt auf den 1. Januar 1996 in Kraft.⁷

³ Mit dem Inkrafttreten dieser Vollzugsverordnung werden die Ausführungsvorschriften zur Verordnung über die Feuerpolizei und das Feuerwehrwesen im Kanton Schwyz vom 24. Februar 1975⁸ aufgehoben.

¹ Abl 1995 255 mit Änderungen vom 30. März 1999 (GS 19-392), vom 5. November 2002 (Abl 2002 1891) und vom 3. November 2004 (Abl 2004 1883).

² SRSZ 530.110.

³ Bst. a und b in der Fassung vom und Bst. n neu eingefügt am 3. November 2004; bisherige Bst. b bis l wurden zu Bst. c bis m.

⁴ Fassung vom 5. November 2002.

⁵ Fassung vom 5. November 2002.

⁶ Fassung vom 3. November 2004.

⁷ Die Änderungen vom 30. März 1999 sind am 1. Januar 1999, vom 5. November 2002 am 15. November 2002 (Abl 2002 1892) und vom 3. November 2004 am 1. Januar 2005 in Kraft getreten.

⁸ GS 16-663.